

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 8909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 324 A

BERLIN • Donnerstag, den 16. Februar 1933

2. JAHRGANG

Internationaler Aufruf.

Gebt Antwort auf den internationalen Faschismus.

Was will der ISK?

W-er. Diese Frage ist an ISK-Genossen häufig gerichtet worden, und sie entbehrt auch nicht einer Berechtigung, in einer Zeit, wo es sicher wünschenswert ist, die Anzahl sozialistischer Organisationen möglichst klein zu halten. Die Frage war deshalb als Thema für die öffentliche Versammlung in Haberlands Festsälen in Berlin angesetzt worden.

Hellmut Rauschenplat erörterte in seiner Rede ausführlich zunächst das Gemeinsame, das den ISK und die übrigen Arbeiterparteien verbindet: Das Ziel des Sozialismus. Mit allen sogenannten Marxisten ist der ISK einig in der Erkenntnis, daß das Monopol an Produktionsmitteln die Quelle der gesellschaftlichen Ausbeutung darstellt, und daß die heutige Klassengesellschaft auf dem Wege des internationalen Kampfes des Proletariats unterbunden werden soll. Die Trennung zwischen der Geschichtsbetrachtung der Marxisten und der ISK-Genossen liegt in dem Glauben der Marxisten an die sogenannte historische Notwendigkeit des Sozialismus. Wie ein roter Faden zieht sich dieser Glaube durch die Geschichte der Arbeiterbewegung, angefangen von den theoretischen Erörterungen des kommunistischen Manifestes über Äußerungen von Bebel bis zu Bekenntnissen führender Sozialdemokraten und Kommunisten der jüngsten Zeit. Wie sehr dieser vorgefaßte Glaube den Blick für die augenscheinlichsten Tatsachen verdunkelt, haben der Sozialist Serrati und der Kommunist Bordiga gezeigt, die beide wenige Wochen vor der offiziellen Übernahme der Macht durch Mussolini die drohende Vergewaltigung des italienischen Proletariats nicht anders zu verhindern suchten, als durch lächerliche Glossen über Mussolinis politische und menschliche Unzulänglichkeit. Auch Wels und Thälmann in Deutschland sind drauf und dran, sich heute ähnlich zu verhalten.

Die ISK-Genossen glauben nicht, daß man aus der historischen Entwicklung ablesen könne, was unvermeidlich geschehen wird. Unabhängig davon aber wissen wir, selbst wenn wir gewisse Tendenzen des historischen Entwicklungsprozesses erkennen, zunächst nicht, ob man solche Tendenzen bewußt unterstützen soll, ob man versuchen soll, sie zu stören, oder ob man sich z. B. um den historischen Prozeß gar nicht kümmern soll. Die Frage, was wir tun sollen, wird uns durch die Betrachtung der historischen Wirklichkeit überhaupt nicht beantwortet. Diese Frage zu beantworten, ist Aufgabe einer wissenschaftlichen Ethik. Die weitere Frage, wie das durch die Ethik begründete Ziel erreicht werden kann, ist eine Frage anderer wissenschaftlicher Gebiete, wie z. B. der Nationalökonomie. Selbstverständlich ist die Beantwortung der Frage, wie innerhalb der Natur ein Ziel verwirklicht werden kann, nicht unabhängig von der Erfahrung und also von den Lehren der Geschichte möglich.

Da objektiv festgestellt werden kann, was der Mensch tun soll und wie er es erreichen kann, ist die Abstimmung über Fragen solcher Art mindestens überflüssig. Im ISK wird deshalb auch nicht abgestimmt. Er lehnt die Parteidemokratie, soweit sie Abstimmung bedeutet, ab. Die demokratische Kontrolle, die sich nur durch den täuschenden Namen Kontrolle empfiehlt, entpuppt sich in Wahrheit als bloßes Manöver, das allen aufmerksamen Menschen von dem Zusammenschieben auf Parteitagen her bekannt ist.

Der berechtigten Sorge, ob bei der Abschaffung der demokratischen Kontrolleinrichtung diktatorlusterne Streber von der Organisation ferngehalten werden können, begegnet der ISK zum Teil durch ein bestimmtes Prinzip der Auslese, zum anderen Teil durch eine planmäßige Erziehung der Funktionäre in der Richtung der Bekämpfung jener gefürchteten Schwächen. Wer im ISK Mitglied werden will, muß vorher bewiesen haben, daß er ein Sozialist ist. Es wird von ihm verlangt, daß er das, was er programmatisch fordert, so weit sofort in die Tat umsetzt, als dies nur von ihm selber abhängt. ISK-Genossen müssen also Freidenker sein. Sie müssen aus dem gleichen Grunde Alkoholabstinenter sein; sie müssen Mitglieder einer Freien Gewerkschaft sein, weil sie nicht andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen sollen. Sie dürfen sich nicht an persönlicher Ausbeutung beteiligen, sei es die der Tiere, der Kinder, Frauen oder anderer Menschen. Soweit infolge der bestehenden Ordnung erhebliche Unterschiede in der finanziellen Lage der ISK-Genossen bestehen, werden diese Unterschiede weitgehend durch eine Sonderbesteuerung aus-

Aufruf zur Einheit der Arbeiterklasse.

Anfang Februar fand in Paris der Kongreß der „Partei für proletarische Einheit“ statt, einer kleinen Partei, die zwischen der Sozialistischen und Kommunistischen Partei in Frankreich steht. Auf diesem Kongreß waren auch Vertreter sozialistischer Parteien anderer Länder anwesend; sie alle zusammen haben an die Exekutiven der II. und III. Internationale einen Aufruf gerichtet, der folgenden Wortlaut hat:

„Angesichts der schweren Gefahren, die auf dem Proletariat der Welt lasten und angesichts der Drohung, die die Aufrichtung der Diktatur Hitlers in Deutschland bedeutet, fordern wir die sofortige Einberufung einer Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der kommunistischen Internationale und der revolutionären Parteien, die außerhalb der Internationale stehen. Diese Konferenz sollte zum Ziel haben, einen gemeinsamen Plan aufzustellen zur Hilfeleistung für die von den verschiedenen Formen des Faschismus unterdrückten Arbeiter und zur Zerschlagung der allgemeinen Gegenrevolution.“

Unterzeichnet ist dieser Aufruf von der Norwegischen Arbeiterpartei, der Independent Labour Party, der Sozialistischen Partei Italiens, der Partei für proletarische Einheit, der Unabhängigen Sozialistischen Partei Hollands, der Sozialistischen Partei Polens, der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.



„Staatsbegräbnis eines Proleten“.

H. S. Tausende Kölner Arbeiter waren gekommen, um dem von Nazis erschossenen Arbeiter Rathke aus der Thieboldgasse das letzte Geleit zu geben.

Auf dem Friedhof ein großes Polizeiaufgebot. Der Redner wurde vor der Beerdigung verhaftet. Die Kränze, die rote Schleifen trugen, wurden beschlagnahmt. Genossen, die Fahnen bei sich führten, wurden mit samt den Fahnen auf ein bereitstehendes Polizeiauto geladen.

Stumm formierten sich die Massen zu einem langen Trauerzug, der dann noch einmal eine Polizeikette passieren mußte. Dort wurden die Genossen, die ein politisches Abzeichen oder eine Schirmmütze mit Lederriemen trugen, von den Polizisten aus dem Zuge geholt und verhaftet.

geglichen. Funktionärposten im ISK zu erstreben, hat nur für den Sinn, der mehr und besser arbeiten möchte als andere; andere Anreize, wie insbesondere hohe Gehälter, gibt es nicht. Die Bedeutung des sogenannten subjektiven Faktors, wie der ISK ihn auffaßt, kennzeichnete der Redner durch ein Wort von Leonard Nelson: „Darum, weil so überaus wenige einen Willen besitzen, vermögen die, die ihn aufbringen, so ungeheuer viel: denn ihre Kraft findet keinen Widerstand.“

Ein KPD-O-Genosse bestätigte die schon häufig gemachte Erfahrung, daß unter Marxisten über die Ethik abenteuerliche Vorstellungen bestehen, z. B. die, daß Ethik und Gewaltlosigkeit dasselbe seien, oder daß jemand, der ethische Prinzipien anerkenne, notwendig seine Augen vor den realen Tatsachen des Daseins verschließen müsse. Darauf antwortete ihm ein ISK-Genosse, daß durchaus die Triebkräfte sogenannter materieller Art, wie der Wunsch, den Hunger zu stillen, das Bedürfnis nach einer Wohnung und ähnliche Bedürfnisse eine erhebliche Rolle in dem Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Entwicklung spielen. Aber ebenso un-

AUS DEM INHALT:

Der Kampf um die Machtpositionen. Intrigen und Verleumdungen. Ein Verleumderblatt am Pranger. Hugenberg untersucht Osthilfe-Skandal. Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Einheitsfrontforderungen im „Gesamtverband“.

M. H. Auch in den Kreisen der Mitgliedschaft des Gesamtverbandes ertönt der Ruf nach der Einheitsfront von SP, KP und Gewerkschaften. Das gibt nun auch die neueste Nummer der „Gewerkschaft“ zu, die bisher all solche Stimmen oder Resolutionen getreu dem Vorbild der SP-Pressé systematisch verschwiegen. „Unsere Organisation muß sich die Aufgabe stellen — so wird da gefordert — „alles zu tun, um an der Schaffung einer Einheitsfront mitzuarbeiten. Wir erachten es als unbedingte Pflicht, daß sich ADGB, SPD und KPD als die wichtigsten Arbeiterorganisationen sofort zusammenfinden, um eine Basis zu finden, auf der es möglich ist, trotz grundsätzlicher und taktischer Differenzen in der Stunde der höchsten Gefahr eine Einheitsfront aller Werktätigen zu organisieren.“

Daß das Verbandsorgan heute wenigstens diese „Stimme aus Kollegenkreisen“ wiedergibt, ist ein Zeichen dafür, daß ein Druck von Seiten der Mitgliedschaft auf die Leitung beginnt. Wann wird er so stark sein, um endlich die Organisation selber zu einer Stellungnahme zu veranlassen und zur Durchführung dessen, was die Mitglieder erwarten?

Dumpe Empörung lag über den Arbeitern, die dann am Grab trotz Sprech- und Singverbots in den spontanen Gesang der „Internationale“ ausbrach. Eine Demonstration, der die Polizei ebenso machtlos wie bedeppt gegenüber stand! Ohne Grabrede, ohne Musik, ohne Fahnen, ohne Kränze, ohne die Teilnahme seiner Kampfgenossen, die von der Polizei vom Grab abgedrängt wurden, so wurde ein von Nazis ermordeter Proletarier ins Grab gebracht.

In Berlin wurde ein Nazi, der selber einen Mord begangen hat, und dessen Freunde als Mordsturm 33 bekannt sind, auf Kosten des Staates, unter Beteiligung der Reichsregierung und anderer Behörden, begraben. Millionen Rundfunkhörer mutete man zu, an diesem Mörderbegräbnis teilzunehmen.

Am Sonnabend demonstriert die Eiserne Front in Köln. Sorgt dafür, daß es eine rote Einheitsdemonstration wird.

bezweifelbar zeigt die Erfahrung, daß eine ungeheure Reihe von Menschen persönliche Opfer allerschwerster Art gebracht hat und weiter bringt mit der sicheren Erwartung, daß aus dieser Tätigkeit für sie keinerlei materielle Vorteile hervorgehen werden. Es genügt für sie die Ueberzeugung, mit ihrer Tätigkeit das getan zu haben, was ihre Menschenwürde ihnen vorschreibt. Eine Begründung für diese Ueberzeugung kann wie gesagt nur eine wissenschaftliche Ethik aufbauen, die damit das Ziel für die politische Arbeit nennt. Die zur Erreichung des Ziels geeigneten Mittel lassen sich nur durch die Nationalökonomie und andere naturwissenschaftliche Disziplinen aufweisen.

Ein Streit über die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, der sich im Anschluß an die Erörterung der Tagespolitik des ISK zwischen einem ISK-Genossen und einem anderen KPD-O-Genossen entwickelte, wurde wegen der Wichtigkeit des Themas und der vorgeschrittenen Zeit zunächst vertagt. Die gut besuchte Versammlung mit ihrer sachlich verlaufenen Diskussion wurde mit dem Gesang der „Internationale“ geschlossen.

Die Vorbereitung der Kriegsschulden-Verhandlungen.

Seitdem Roosevelt seine Unterredung mit dem britischen Botschafter Lindsay über die Verhandlungsbasis zwischen den USA und England hatte, sind die weiteren Verhandlungen über die Frage in geheimnisvolles Schweigen gehüllt. Lindsay reiste nach London, hatte dort tagelange Unterredungen mit Kabinettsmitgliedern und schiffte sich wieder nach den USA ein. Es ging um die Frage: Ist England bereit, die Goldwährung wieder einzuführen oder wenigstens das Pfund sonst irgendwie zu stabilisieren als Gegengabe für eine erhebliche Erleichterung der Kriegsschulden? England erklärte mehrere Male durch den Mund von Mitgliedern der Regierung, daß es dazu nicht bereit sei, und die Regierung der USA ließ keinen Zweifel darüber, daß sie in diesem Falle kein Interesse an Verhandlungen habe.

Inzwischen sind aber noch andere Objekte als die Goldwährung in den Handel über die Kriegsschulden hineingezogen worden. Abgesehen von „allgemeinen Erörterungen über die Weltwirtschaftslage“ wird auch von „politischen Fragen“ gesprochen. Es handelt sich hier zweifellos um die Haltung Englands gegenüber Japan. Es ist wohl möglich — wenn auch konkrete Hinweise dafür noch fehlen — daß Amerika auf dem Umwege über die Schuldenfrage die Haltung des Völkerbundes gegenüber Japan beeinflusst hat; denn bekanntlich sind alle Staaten, von denen die Entscheidungen des Völkerbundes abhängen — England, Frankreich, Italien usw. — an der Kriegsschuldenfrage interessiert.

Bekannt ist nur, daß Lindsay als Vermittler zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung aufgetreten ist, daß Roosevelt außerdem von Telefongesprächen mit Mac Donald sprach und daß Mac Donald im Unterhaus eine Erklärung abgab, die in den USA große Zufriedenheit ausgelöst hat. Während er früher stets die Ansicht vertreten hatte, die Frage der Weltkrise müsse der Weltwirtschaftskonferenz vorbehalten bleiben, erklärte er jetzt, die britische Regierung sei bereit, das gesamte Gebiet der Weltkrise zu diskutieren.

Die Genfer Konferenz der Kleinen Entente.

In Genf beginnt am Dienstag eine Konferenz der Kleinen Entente unter Vorsitz des jugoslawischen Außenministers Joffitsch. Zur Diskussion wird in erster Linie ein Vorschlag von Benesch stehen, der einen engeren Zusammenschluß der drei Ententemächte vorseht, so daß z. B. keine der Regierungen auf internationalem politischem Gebiet eine Entscheidung ohne Zustimmung der anderen treffen darf.

Die Parteien in England.

Lloyd George hat eine neue Partei gegründet, die Walliser Liberale Partei. Er hat im Unterhaus 10 Abgeordnete für diese Partei gewonnen, von denen 6 bisher den Samuel-Liberalen und einer den Simon-Liberalen angehörte. Diese 7 Abgeordneten werden also den Regierungsparteien entzogen. Die neue Fraktion wird das Mißtrauensvotum, das die Labour Party am Donnerstag im Unterhaus einbringen wird, unterstützen.

Dem „News Chronicle“ zufolge wird die Konservative Partei sich demnächst „Nationale Partei“, umtaufen, „erstens weil „national“ zuträglich sei als „konservativ“, zweitens um in der neuen Partei die gesamten Regierungsparteien zu vereinigen, also auch die Simon-Gruppe und die Mac Donald-Gruppe. Vielleicht kommt es also doch noch dazu, daß Mac Donald Führer der Konservativen Partei wird!

Das neue jugoslawische Wahlgesetz.

Die Skupschtina nahm mit geringen Änderungen das neue Wahlgesetz an, mit dessen Hilfe die Regierung sich bei den bevorstehenden Wahlen eine Mehrheit sichern will. Zu diesem Zweck sind folgende Maßnahmen vorgesehen: 1. Die Stimmabgabe geschieht auf Listen. Außer der Regierung dürfen die ehemaligen serbischen Parlamentsparteien Listen aufstellen. Die Kroaten, Slowenen und die verschiedenen Minderheiten dürfen keine Listen aufstellen. 2. Die Wahl ist öffentlich. 3. Die Liste, die relativ am meisten Stimmen auf sich vereinigt, erhält zwei Drittel der Sitze.

Intrigen und „Enthüllungen“.

Verschärft Spannungen zwischen Rom, Paris und Belgrad.

Die italienische Zeitung „Stampa“ schrieb von einigen Tagen, man solle Italien nicht zu einem Krieg mit Jugoslawien reizen, denn Italien habe dann das gute Gewissen, die ganze europäische Zivilisation zu verteidigen.

Der französische Botschafter de Jouvenel setzt seine Verhandlungen mit Mussolini fort und hat sich angeblich schwer in Paris beklagt, daß Herriot ihn dabei mit seinen ewigen Reden über die Erfolglosigkeit der französischen Bemühungen um die italienische Freundschaft störe. Auch die von Frankreich in die Welt gesetzten Gerüchte über Geheimbindnisse sind für den verständigungswilligen Botschafter recht unerwünscht. Einige Pariser Blätter haben bereits behauptet, de Jouvenel wolle lieber gleich seinen Posten in Rom wieder aufgeben, da er sich von dieser Tätigkeit keinen Erfolg verspreche.

Der Ton der italienischen Presse ist außerordentlich scharf gegen Frankreich gerichtet, besonders weil Italien in Frankreich der Paktpolitik bezichtigt wird, die doch das ureigenste Gebiet der französischen Politik sei, was Herriot eben wieder durch seine Bestrebungen um Rußlands Freundschaft bewiesen habe. „Giornale d'Italia“ führt die Gerüchte über Waffenschleppungen und Geheimbindnisse auf die Manöver von den am Krieg interessierten Waffenfabriken zurück. Wir haben keine Ursache, diese Ansicht als ungläubwürdig hinzustellen. Vielmehr ist wirklich anzunehmen, daß die fortgesetzte Verschärfung der Spannung zwischen Rom, Paris und Belgrad und das Zutreten von Alarmgerüchten verschiedenster Art im Zusammenhang stehen mit dem Interesse der Rüstungsindustrie — auch der italienischen — an möglichst großer Unsicherheit in den internationalen Beziehungen, an der Verhinderung von Abstrichen am französischen Militäretat und an der Stärkung der Großmächte in ihrem Willen, die Abrüstungskonferenz rasch und ohne Abrüstungsmaßnahmen schließen zu lassen.

Die Entscheidung in Genf rückt heran.

Am Dienstag hat der Genfer Neunzehner-Ausschuß den vom Neuner-Ausschuß redigierten Bericht über den Fernost-Konflikt mit geringen Änderungen angenommen. Die Oberhoheit Chinas über die drei östlichen (mandschurischen) Provinzen wird anerkannt. Im Bericht ist von der Mandschurei als von den drei östlichen Provinzen die Rede; das ist die hergebrachte chinesische Bezeichnung. Der Name „Mandschukuo“ kommt in dem Bericht nicht vor. Der Bericht schlägt vor, nach einander folgende Maßnahmen in der Mandschurei durchzuführen:

1. Rückgang der japanischen Truppen aus der Mandschurei bis zu der japanischen Eisenbahnzone (der südmandschurischen Bahn).
2. Schaffung der Autonomie in den drei östlichen Provinzen unter der Oberhoheit Chinas.

Einrichtung der Verwaltung, Schaffung internationaler Kontrolle und der Gendarmerie entsprechend den Vorschlägen des Lytton-Berichts.

Was den vorgeschlagenen internationalen Ausschuß angeht, der in der Mandschurei arbeiten soll, so ist immer noch nichts Näheres über seine Befugnisse bekannt. In den Meldungen trägt er meist den Namen „Verhandlungsausschuß“; das klingt höflicher als „Kontrollausschuß“. Wofür aber soll der Ausschuß, nachdem der Völkerbund die Entscheidung gefällt hat, noch verhandeln?

Der sogenannte Verhandlungsausschuß

soll sich zusammensetzen aus den Unterzeichnern des Washingtoner Neunmächteabkommens (Belgien, China, England, Frankreich, Holland, Italien, Japan, Portugal, USA), den im Neunzehner-Ausschuß vertretenen Mächten und Rußland; wenigstens soll dies zur Teilnahme aufgefordert werden.

Weitere Schlichtungsverhandlungen

(neben den weiteren Beratungen über den Bericht des Neunzehner-Ausschusses herlaufend) sind vorläufig ausgeschlossen.

Der Ausschuß hatte der japanischen Regierung eine Bedingung für weitere Schlichtungsverhandlungen gestellt: Anerkennung der Oberhoheit Chinas über die drei Provinzen. Nachdem die japanische Ablehnung dieser Bedingung dem Neunzehner-Ausschuß offiziell vorgelegen hat, hat dieser am Dienstag festgestellt: diese Antwort sei keine Grundlage für die weitere Vermittlung. Gleichzeitig ver-

Die österreichischen Bundesbahnen vor dem Bankrott

Um die Finanzen der österreichischen Bundesbahnen ist es so schlecht bestellt, daß sie am nächsten Monatsende nicht die Mittel in der Hand haben werden, um ihren Pensionsverpflichtungen nachzukommen. Vertreter der Gewerkschaften sind beim Finanzminister gewesen, um die Auszahlung der Pensionen zu sichern.

Bankenzusammenbruch im Autozentrum der USA.

Die Union Guardian Trust Company, eine führende Bank in Detroit, bei der Ford und die anderen großen Auto-Firmen General Motor und Chrysler Kunden sind, ist pleite. Der Zusammenbruch wird darauf zurückgeführt, daß Ford, angeblich ein Hauptaktionär der Bank, sich weigerte, weitere Kredite von der „Wiederaufbaugesellschaft“ aufnehmen zu lassen, um die Union Guardian Trust Company zu retten. Von der Wiederaufbaugesellschaft waren bereits 308 Banken und Sparkassen in Michigan (dem Staat, in dem Detroit liegt) gestützt worden. Ford zog außerdem angeblich seine Guthaben in Höhe von 7,5 Millionen Dollar von der Bank zurück, was zur Zahlungseinstellung der Bank führte. Der Gouverneur des Staates Michigan erklärte in einer Pressekonferenz, Henry Ford habe es abgelehnt, seine Einlage bei der Bank den Forderungen der kleinen Einleger unterzuordnen. — Was an diesen Mitteilungen über Fords

Die Produktion von Gerüchten und „Enthüllungen“ mehrt sich täglich: Angeblich sind kürzlich 48 italienische Militärflugzeuge nach Ungarn geliefert worden, die von einem geheimen italienischen Flugplatz gestartet und auf einem geheimen ungarischen Flugplatz gelandet seien.

Von kroatischen Emigranten wird behauptet, die Belgrader Regierung habe einen Plan, noch während der ersten Hälfte dieses Jahres Nordalbanien zu überfallen, und zwar an der nördlichen Spitze von Montenegro aus und im Osten von Serbien aus. Als Gegengabe für diesen Feldzug würde Montenegro eine Art Provinzautonomie erhalten. Angeblich ist in den Belgrader regierungsfreundlichen Zeitungen häufig die Rede von Gebieten, die „eigentlich“ zu Jugoslawien gehören und ihm angegliedert werden müßten. Zu diesen Gebieten wird nicht lediglich Albanien gerechnet, sondern auch Soloniki, das Jugoslawien im Süden einen Zugang zum Ägäischen Meer verschaffen würde, und Bulgarien, das den Zugang zum Schwarzen Meer öffnen würde. Als Eroberungsprogramm erscheint dieser Plan für die Veränderung der Staatenkarte des Balkans jedoch etwas größensinnig. Immerhin werden diejenigen, die solche Pläne begeben, durch das Vorgehen Japans außerordentlich ermutigt.

In Wien wurde am Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein Spionageprozeß gegen vier ehemalige Offiziere des Bundesheeres geführt, die angeblich militärische Dokumente an Wiener Vertreter einer europäischen Macht verkauft hätten. Die Fragen, die die Auftraggeber der Angeklagten diesen angeblich gestellt haben, sind folgende:

1. Wo erzeugt Oesterreich die neuen Maschinengewehre, die von Oesterreich an Japan geliefert werden,
2. welche Vereinbarungen bestehen mit Deutschland für den Fall eines Krieges, und
3. in welchem Punkte verletzt Oesterreich in militärischer Hinsicht die Bestimmungen des Friedensvertrages.

Dem Bericht der TU zufolge geschah die Spionage zugunsten der Tschechoslowakei, in Prag wird jedoch die Nachricht verbreitet, es handle sich um Ungarn.

suchte der Ausschuß noch, einen Druck auf Japan auszuüben durch die Warnung, daß neue Militärationen in Jehol zum endgültigen Scheitern der Schlichtungsverhandlungen führen müßten.

Während das Schlichtungsverfahren also ruht, wird die im Abschlußbericht vorgeschlagene Entscheidung der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes vorgelegt werden.

Am Dienstag tritt die Vollversammlung zur Beratung des Berichts zusammen.

In Jehol

zögert Japan noch mit dem Fortgang der Offensive. Immerfort wird über Truppenverschiebungen auf beiden Seiten berichtet; hin und wieder bombardieren die Japaner eine Stadt in Jehol. Aber die lange angekündigte Offensive hat noch nicht eingesetzt. Jetzt kommt über die japanische Gesandtschaft in Peking die Meldung, daß vor Uebergabe dreier Ultimaten, in denen der Rückzug der chinesischen Truppen aus Jehol gefordert werden soll, die Japaner keine weiteren militärischen Maßnahmen ergreifen würden. Ein derartiges Ultimatum der Mandschukuo-Regierung an General Tschang Hsue-Liang, den Kommandeur der chinesischen Truppen in Nordchina, ist für die nächsten Tage angekündigt.

Erschließung der Mandschurei.

Die Japaner treiben den 1931 begonnenen Ausbau der Bahn von Kirin nach Osten in der Mandschurei weiter. Im Sommer soll die Bahn in Betrieb genommen werden. Wenn sie nach Osten hin bis zum Meere durch Korea hindurchgeführt wird, so wird es nächst der bei Wladiwostok mündenden chinesischen Ostbahn die erste Bahn sein, die vom Japanischen Meer aus in die Mandschurei hineinführt.

Das Flugmonopol für Mandschukuo ist einer japanischen Gesellschaft erteilt worden. Nur japanische Flugzeuge sollen die geplanten Linien befliegen.

Kein Todesurteil. General Ting-Schao, früherer Kommandeur der chinesischen Truppen an der ostchinesischen Bahn, ist nicht, wie zunächst gemeldet, von einem mandschurischen Gericht zum Tode verurteilt worden. Das Urteil des Kriegsgerichts in Hsingking lautete auf Verlust aller Ämter und Entlassung aus dem Heere, wegen „Meuterei“.

Haltung richtig ist, bleibe noch dahingestellt; was Ford gewollt hat, ist noch unklar.

Jedenfalls herrscht in Michigan jetzt die größte Verwirrung. Die Regierung hat eine achtstägige Banken-Geschäftsruhe beschlossen, durch die also zunächst alle Schwierigkeiten bei den Banken verschleiert werden. Von diesem Bankenmoratorium werden im Staat Michigan 500 Banken betroffen; in der Stadt Detroit allein werden 650 Millionen Dollar Spargelder festgefroren.

In Detroit herrscht im Geldverkehr völliger Wirrwarr. In ganz Michigan hat die Bevölkerung zwar noch bis zum Wochenende Kleingeld. Die Annahme von Schecks wird aber allgemein verweigert. In den Theatern, Kinos und Restaurants häufen sich große Summen an. Ein großes Aufgebot von Polizei bewacht daher die Kassen der Banken und Theater. Die Federal Reserve Bank in Chicago sandte unter großer Bedeckung durch Detektive 20 Millionen Dollar Gold nach Detroit. Die Staatskasse in Detroit und die Stadtkasse waren am Mittwoch nicht in der Lage, die fälligen Löhne und Gehälter zu bezahlen.

Gandhi bleibt in Haft.

Sir Samuel Hoare, der britische Staatssekretär für Indien, teilte im Unterhaus mit, daß eine Freilassung Gandhis und anderer führender Hindus, die im Zusammenhang mit dem Ungehorsamkeitsfeldzug gefangen sind, nicht in Frage komme, bevor die Regierung überzeugende Beweise habe, daß ihre Freilassung nicht ein Wiederaufleben des Ungehorsamkeitsfeldzuges mit sich bringen werde.

Da Gandhi nicht wegen eines bestimmten Vergehens im Gefängnis ist und auch zu keiner Strafe verurteilt wurde — ein Prozeß gegen ihn hat nicht stattgefunden — können die Behörden die Haft nach Gutdünken ausdehnen.

Ein neues Terror-Urteil in Indien.

Gegen drei Hindus, die 1930 angeblich ein englisches Waffenlager geplündert haben, die sogenannten Verschwörer von Chittagong, ist ein unerhörtes Terror-Urteil gefällt worden.

Ein Angeklagter wurde zum Tode verurteilt, der zweite zu lebenslänglicher Verbannung, der dritte Angeklagte wurde freigesprochen.

Vor den deutschen Gesandtschaften in Spanien und Peru kam es zu kommunistischen Demonstrationen zum Protest gegen die Kommunistenverfolgung in Deutschland. Die Gesandtschaft in Madrid wurde mit Steinen bombardiert, wobei einige Fensterscheiben in Scherben gingen.

Jenkin, der Sekretär der Kommunistischen Partei Englands, ist in Stockholm verhaftet worden. Jenkin hielt sich seit längerer Zeit in Schweden auf und ist bei der russischen Handelsvertretung in Stockholm beglaubigt. Angeblich besteht bei den schwedischen Behörden der Verdacht, daß er sich in „hochverräterischer“ Weisheit betätigt habe. Mit seiner Ausweisung wird gerechnet.

Der Kampf der rumänischen Eisenbahner.

Nachdem die Eisenbahndirektion in Klausenburg die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllte, besetzten 2000 Eisenbahnarbeiter die Werkstätten und Verwaltungsgebäude, und sperrten 30 Beamte und 7 leitende Ingenieure ein. Ein Infanterieregiment und eine Maschinengewehrkompanie der Polizei räumten die von den Arbeitern besetzten Stellen. Die Eisenbahndirektion erklärte sich dann bereit, von Fall zu Fall mit Vertrauensleuten der Arbeiter zu verhandeln, während sie sich weigerte, mit einem ständigen Ausschuß der Eisenbahnarbeiter zusammenzuarbeiten. Der Konflikt brach wegen der Entlassung kommunistischer Arbeiter aus.

Ein Verleumderblatt am Pranger.

Man stellt sich oft vor, die bürgerliche Presse in ihrer Verlogenheit sei bereits hinlänglich oft geschildert worden, und man könne zu diesem Thema nichts mehr sagen. Weit gefehlt! Wir drucken hier ohne jede Kürzung, so leid uns dies angesichts unseres knappen Platzes auch tut, einen Bericht ab, den die „Berliner Börsen-Zeitung“ veröffentlicht:

„Rotmord im Rheinland.“

Neue Feuerüberfälle auf Nationalsozialisten

Velbert (Rheinland), 14. Februar.

Ein Lastauto mit Nationalsozialisten wurde in der Nacht von bisher unbekannt Tätern beschossen. Es wurden etwa zwölf Schüsse abgegeben. Ein Nationalsozialist erhielt einen Rückensteckschuß.

Dortmund, 14. Februar.

Ein politischer Ueberfall wurde gestern in Dortmund-Brechten auf einen Gärtnergehilfen, der der SA angehört, ausgeführt. Er wurde von fünf Männern überfallen, die mehrere Schüsse auf ihn abgaben. Mit einem Beinsteckschuß mußte der Ueberfallene dem Krankenhause zugeführt werden. Am Tatort wurden zwei leere und zwei scharfe Patronen gefunden.

In Berlin, und zwar in Spandau an der Ecke der Fischer- und Wasserstraße kam es gegen 1.15 Uhr zu einer Schießerei zwischen NSDAP- und KPD-Angehörigen. Dabei wurden zwei KPD-Leute verletzt. Die Täter, angeblich Nationalsozialisten, sind unerkannt entkommen.

In der Großen Frankfurter Straße und am Strausberger Platz entstanden gegen 1.15 Uhr Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Straßenpassanten. Zwei Passanten wurden leicht verletzt. Die Polizei nahm drei NSDAP-Angehörige fest.

An der Ecke Albrecht- und Düppelstraße in Steglitz kam es heute vormittag gegen 11 Uhr zu einer Schießerei zwischen Geldsammlern der NSDAP und der KPD. Eine Polizeistreife nahm vier Beteiligte, drei Kommunisten und einen Nationalsozialisten, fest.

Die Bluttat in Dortmund-Asselu aufgeklärt.

Dortmund, 14. Februar.

Die Ermittlungen wegen der politischen Bluttat in Dortmund-Asselu am Sonntagmittag, bei der der Kommunist Albert Banikau mit einem Taschenmesser erstochen wurde, haben zur Festnahme des 43jährigen Invaliden Sengotta aus Dortmund-Wickede geführt. Er gab an, daß er, als es zu einer Auseinandersetzung am Sonntag zwischen seinem SA-Sturm und Kommunisten gekommen war, in Banikau den Kommunisten wiedererkannt habe, der ihn und seinen Sohn schon mehrfach bedroht hätte. Sengotta hat am 19. Februar 1932 einen Sohn verloren, der auch SA-Mann war und bei einem Feuerüberfall von Kommunisten auf SA-Leute erschossen wurde.

Die Zwischenfälle in Braunschweig am Sonntagmittag vor dem Fackelzug der nationalen Verbände haben ein zweites Todesopfer gefordert. Die von einer Kugel getroffene 62jährige Witwe Rehncke ist heute vormittag ihrer Verletzung erlegen.

Zwei unklare Fälle.

Von diesen sieben erwähnten Fällen ist bei nicht einem einzigen, und zwar nach dem Bericht der Zeitung selber, klar, daß ein Sozialdemokrat oder Kommunist einen politisch Andersdenkenden angefallen habe, was doch wohl mit „Rotmord“ gemeint ist. Da, wo es sich um Beschießungen von Nazis bzw. SA-Leuten handelt, wobei die Täter nach der Meldung der „BBZ“ selber unbekannt sind, kann es sich noch durchaus um einen der bei den Nazis beliebten und häufigen Femefälle handeln, oder auch um Fälle, wo sich aus Dummheit die Nazis selber beschädigt haben, wie z. B. der SA-Mann Jaehneke, der zwar einen Mord geplant hatte, aber nicht sein Opfer, sondern sich selber umbrachte, oder um Fälle, wo die Nazis einfach, um ihre Hilfskasse in Anspruch zu nehmen, einen Ueberfall markieren. Wir haben neulich solche Fälle zusammengestellt (Nr. 315), gerade um Material zu liefern gegen die elende Verleumdung, die in der Bezeichnung „Rotmord“ liegt. Danach ist es erlaubt, nur dann von einem Ueberfall von linken Menschen auf andere zu reden, wenn polizeilicherseits ermittelt wurde, daß die Täter der linken Arbeiterschaft angehören.

Der Rest fast völlig: Gelbe Pest!

Was die Zeitung über die Ermordung des Kommunisten Banikau schreibt, ist nichts weiter als die öffentliche Billigung einer scheußlichen Rache. Erstens hat keine Privatperson das Recht, eine andere deshalb zu ermorden, weil sie von dieser einmal bedroht worden ist, und zweitens heißt es, den Mord geradezu zu legalisieren, wenn man jedem erlaubte, als Rache für seinen im Bürgerkrieg

gefallenen Sohn einen Angehörigen einer politisch andersdenkenden Gruppe umzubringen.

Wenn jeder Freund eines Ermordeten diese Mordjustiz pflegen würde, so ergäben sich dabei die ungeheuerlichsten Perspektiven. Natürlich würde die „BBZ“ einem Angehörigen der linken politischen Bewegung auch nicht das Recht zubilligen, für seine ermordeten Freunde und Verwandten einfach Rache zu nehmen. Und hierin sieht man auch das Empörende dieses Blattes, das in einer einzigen Nummer hier die Arbeiterschaft als Mörder bezeichnet, ohne einen einzigen Fall als Beleg anzuführen und das offenbar zu Lesern, soweit diese es aus anderen als aus Berufsgründen lesen, nur Leute hat, deren Gesinnung ebenso verloddert ist.

Die Braunschweiger Todesfälle.

Auch der letzte Fall, den die „BBZ“ schildert, ist nicht etwa durch Kommunisten hervorgerufen worden, sondern durch Nationalsozialisten, die in Braunschweig sowieso nur wie die Vandalen zu hausen gewohnt sind und dabei von der Polizei geschützt werden. Sie hatten am Sonntag durch ein reines Arbeiterviertel einen Provokationszug unternommen, und die Polizei knallte auf jeden los, der angesichts der vorbeiziehenden Mörderhorden nicht schnell genug die Fenster schloß. Bei der Organisation des Umzugs der Braunschweiger Bürgerkriegshorden erschloß die Polizei einen Mann und die alte Greisin, von der hier die „BBZ“ berichtet, und zwar — wir halten fest — unter der Ueberschrift „Rotmord“.

Hochverrat von rechts angenehm.

Dieselbe Nummer dieser Zeitung bringt ohne Kommentar die Aufforderung des Reichslandbundes zum Hochverrat unter der anerkennenden Ueberschrift „Vertrauenskundgebung — Dank an Hindenburg“. Sie hat natürlich keine Ahnung von der Beleidigung, die darin liegt, und zwar dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegenüber.

Ueberfall auf linke Parlamentarier angenehm.

Ebenfalls in der gleichen Nummer bringt die Zeitung die Mitteilung, und zwar auch kommentarlos, daß der Nazi Frank II Löbe täglich angegriffen hat und daß auch der Volksparteiler Morath tätlich angegriffen worden ist.

Die Unterdrückungskampagne gegen Links.

Eine Razzia im Reichstag wurde von der Berliner Polizei am Dienstagabend vorgenommen: eine Versammlung kommunistischer Betriebsvertreter tagte dort. Ergebnis: Papierbeschlagnahme.

Aus Hamburg wird die Aushebung eines kommunistischen Waffenlagers gemeldet. 800 Schuß Pistolenmunition, 6 große Pistolen und ein Gewehr 98 wurden beschlagnahmt. Ob der Inhaber wirklich ein Kommunist ist, muß abgewartet werden.

Verboten: für Mittwoch in Stuttgart (Hitler-Besuch!) alle von den Kommunisten geplanten Demonstrationen.

Beschlagnahmt: etwa 1400 kommunistische Broschüren bei Durchsuchungen in Hamburg-St. Georg.

Fünf Jahre Zuchthaus erhielt der Kommunist Stach wegen angeblicher Teilnahme an einer Schießerei.

Zwangsgestellt: in Berlin in der Nacht zum Dienstag etwa 70 Flugblattverteiler.

Verboten: das kommunistische „Thüringer Volksblatt“ für fünf Tage.

Verboten: Die in Ebingen (Württemberg) erscheinende Zeitung: „Rote Bombe“ auf zwei Monate.

Daß Funk dann am Frühstück teilnehmen durfte und einen Breken von Offiziersweißbrot mit Butter bekam, war eine Auszeichnung, die er knirschend verwünschte und hinabwürgte.

Unterm Kaffeetrinken wurde weiter geschwätzt, prophezeit und gedeutet von seiten Lipp's. Die Revierstunde drüben beim zornkochenden Asam fand gegen ein Uhr statt — zu einer Zeit, zu der die Leute schon ihr Mittagessen hätten bekommen sollen und mit knurrenden Mägen herumstanden.

Aber im Frühling war mit dem Stabsarzt etwas besser auszukommen. Lipp zeigte sich aufgekratzt, er war aus der Rolle des stellvertretenden — ebenso wie der Oberstleutnant — in der des endgültigen Häuptlings gelandet, er zog auf den Froschfang mit einem Stab von Krankenträgern und erbeutete kübelweise die zarten Schenkelchen. Er ließ im Mai mit Hilfe der Feuerleiter die Spatzennester des ganzen Dorfes durchsuchen, die gerade flüggerreifen Jungen ausnehmen und abkrageln. Er leitete die Prozedur des Zurichtens, er half selbst mit seinem medizinischen Taschenbesteck dabei, die Vögelchen zu öffnen und bratfertig zu machen. Dann lud er einige Herren — übrigens auch Funk — zum großen Spatzenschmaus ein.

Aber dann fällt wieder ein schwarzer Tag in den Maientzauber: der Divisionsarzt ruft aus heiterem Himmel an und will Lipp am Telefon wissen.

Lipp flüchtet vorerst. Er galoppiert zu Funk und keucht: „Sie, Herrschaftszeiten! der Divisionsarzt hat angerufen! Gehn S' sofort mit, marschmarsch, weiß der Henker, was der Hammel alles von mir wissen will!“

Sie jagen gemeinsam davon. Lipp steht endlich dem vorgesetzten Arzt an der Strippe zur Verfügung und macht in den Apparat hinein seine Verbeugungen. Dann aber erstarrt er, horcht — und zischt Funk zu: „Er quatscht vom zehntägigen Rapport. Wieso wir unter der Rubrik ‚Ägyptische Augenkrankheit‘ eine Eintragung haben...“

Funk zuckt die Achseln und schüttelt den Kopf — er sieht Schlimmes herannahen. Er hört Lipp sprechen: „Nein, Herr Divisionsarzt — unmöglich — keine ägyptische —“

Funk bläst ein: „Verwechslung.“

Sie überschreibt dieses Ueberfallattentat und diesen Verfassungsverstoß durch die Nazifraktion: „Ueberwachungsausschuß erneut aufgelöst“.

Herr Auwi.

Schließlich, um das Bild abzurunden, bringt sie, immer noch in der gleichen Nummer, einen Bericht über die Rede des famosen Hohenzollernsprössen, des sogenannten „Prinzen Auwi“. Dieser „Prinz“, den uns armen Deutschen keiner nachmacht, erzählte:

„In Preußen habe sich schon vieles geändert, doch könne man allen Anträgen, die beim Minister Göring einliefen und ganze Zimmer füllten, nicht sofort entsprechen. Denn, die das deutsche Volk gereizt hätten, werde nicht vergessen werden. Aber ein System, das den Bolschewismus so bereitwillig groß werden ließ, sei nicht über Nacht und nicht mit Sanftmut und Milde, sondern auf dem Gesetzewege (?) zu beseitigen.“

Hitler wolle noch einmal die Entscheidung des Volkes, aber er werde handeln nach dem großen französischen Staatsmann, der sagte:

„Ich bin hier und bleibe hier.“

Es sei aus mit der Zeit, wo man um Regierung und Volk gewürfelt habe. Die alte Sauberkeit im Staate müsse wieder einziehen, wir müßten auch wieder unser altes Volkstheater haben. Vielleicht würde Hitler eines Tages sagen daß jetzt erst einmal die anderen zu erfüllen und den Verträgen nachzukommen hätten.

Der Nationalsozialismus kämpfe um die deutsche Seele, nicht um die deutsche Stimme. Er rede nicht nur bei den Wahlen, sondern er komme immer und auch zu anderen Zeiten. Ihn werde man nicht mehr los. Gemeinut geht vor Eigennutz, und die Leute im braunen Hemd verlangten. Er, Prinz am eigenen Leibe, ehe sie es von den anderen verlangten. Der NSDAP und A u w i Wilhelm, habe die Berechtigung, im Dienste der NSDAP und ihrer Arbeit zu stehen. Diese Arbeit sei geachtet, und wer sie verrichte, habe den Anspruch auf den Adelstitel eines Arbeiters am deutschen Volke.“

Eine Fragen an den Prinzen in bezug auf das zum Ueberdruß wiederholte „Gemeinut geht vor Eigennutz“. Wieviel hat die Republik Herrn Wilhelm von Hohenzollern und seinen Söhnen gegeben?

Soviel, daß diese Familie die reichste deutsche Familie ist, und zwar, wie wir hinzufügen, ohne jedes Verdienst; denn ein Erwerbloser hat einen Anspruch auf Unterhalt deswegen, weil er früher einmal gearbeitet hat, während die Hohenzollernknaben von Arbeit auch nicht die Spur von Ahnung haben, wovon ihre Redensarten zeugen, die die „BBZ“ hier wiederkaut.

Und das Gemeinut und der Eigennutz? Niemand hat größere Summen zusammengerafft als die Hohenzollern. Und die Leute wollen alte „Sauberkeit“ einführen.

Ein Land, in dem Zeitungen wie die „BBZ“ gelesen werden, hat einen tiefgehenden Knacks in seiner Moral und seiner Bildung. Wir wollen hier nicht ihre Gesamttendenz, die uns natürlich ebenfalls unerträglich ist, kritisieren. Wir kritisieren hier ihre

Reportertätigkeit, ihre „Sachlichkeit“, und wir können dazu nur feststellen, daß uns der Berliner Polizeipräsident tatsächlich auf dem rechten Auge einen Sehdefekt zu haben scheint!

Verboten: die sozialdemokratische „Mecklenburgische Volkszeitung“ und ihr Kopfblatt „Das freie Wort“ für eine Woche.

Verboten: „Die Gewerkschaft“ (Zeitung des „Gesamtverbandes“) bis zum 26. März. Ein Artikel: „ADGB, SPD und KPD müssen sich zusammenfinden“ hatte Herrn Melcher gereizt.

Verboten: „Die Ente“ bis Ende März. Die sozialdemokratische „Magdeburger Volksstimme“ ist für fünf Tage verboten worden, weil sie gegen den Polizeipräsidenten „äußerst heftige Angriffe“ gerichtet haben soll.

Polizeilich geschlossen wurde ein kommunistisches Verkehrslokal im Nordosten Berlins (Fürstenwalder Straße).

Polizeilich geschlossen wurde das im Landeschulheim des weltlichen Elternbundes in Wolfshagen (Braunschweig) eingerichtete Arbeitsdienstlager. Begründung: die Insassen des Lagers gehörten durchweg linken Kreisen an und seien mehrfach an politischen Ausschreitungen beteiligt gewesen. In Wahrheit hat die „Beteiligung“ des Lagers, das vom „Reichsbanner“ betrieben wird, an Ausschreitungen so ausgesehen: am 7. oder 8. Februar überfielen etwa 60 SA-Leute das Lager, durchschnitten die Telefonleitungen, zertrümmerten die Fenster und hielten dabei das Haus unter Feuer.

„Lediglich eine Verwechslung! Herr Oberstabsarzt können ganz beruhigt sein, eine unverzeihliche Schlamperei meines Personals — wie? gewiß, auch mich trifft einige Schuld — große Schuld, wie Herr Divisionsarzt meinen; es wird bestimmt nicht wieder vorkommen, — nein, nur harmlose Bindehautentzündungen —“

Fauchend zu Funk: „Wie der Krankenstand ist. —?“

„Befriedigend; sieben Atmung, neun Haut, neun Darm.“

„Durohaus befriedigend, Herr Divisionsarzt. Wir behandeln zur Zeit lediglich sieben Erkrankungen der Atmungsorgane, neunmal Furunkulose und kleine Abszesse und obensoviele leichte Darmaffektionen. Das wäre so ziemlich alles —“

Zu Funk: „so ziemlich‘ paßt ihm nicht — was noch?“

„Zweimal Nagel, zweimal Rheuma.“

„Ja — bitte gehorsamst, Herr Divisionsarzt, zwei Panaritien wären noch zu nennen und zwei Leute mit rheumatischen Erscheinungen, aber da weiß man nie recht, ob nicht Simulation — ich werde genauestens beobachten — empfehle mich untertänigst, Herr Oberstabsarzt...“

Die Audienz ist zu Ende. Lipp reißt die Mütze vom Schädel und wischt mit einem Hemd, das frisch gewaschen gerade in seiner Nähe liegt, über die nassen Haare.

„Funk“, sagt er langsam, mit einem Blick, der den anderen morden soll, „wissen Sie, was Sie angestellt haben mit Ihrer verwechselten Rubrik? Die ägyptische Augenkrankheit ist eine höchst ansteckende gefährliche Sache. Sie haben den ganzen Divisionsstab mit Ihrer Falschmeldung in größte Sorge gesetzt. Sie sind ein — ein undankbarer, unmöglicher Mensch. Mich so zu blamieren!“ Schreiend: „Das kann mich einen Punkt in der Konduite kosten. Daß man sich auf niemanden verlassen kann! Alles — jeden Scheißdreck — müßte man selber drehen! Wozu habe ich Sie aus dem Graben auf das Pöstchen geholt? Damit Sie mich ruinführen!“ Noch lauter kläffend: „Wieso übrigens das Rindvieh hinten einen Augenblick im Ernste denken kann, bei uns sei plötzlich die ägyptische Augenkrankheit ausgebrochen, das ist mir unerfindlich.“

(Fortsetzung folgt.)

A. M. FREY



(28)

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klempner Verlag AG. Berlin.

Aber diese stillen Siege über den Stabsarzt kamen ihm teuer zu stehen. Am nächsten Morgen taumelte Lipp aus einem miserablen, sitzend absolvierten Schlummer: der Kragen hatte ihm fast den Hals durchgesägt, die auf den Tisch gestützten Arme waren wie abgeschnürt, die Beine eiskalt. Schuld an dem Zustand, der den ganzen Tag verdarb, war natürlich Funk.

So zog es der in der Folge wieder vor, zu lesen und zu lesen, bis Lipp gähnte: „Also — was, Funk — gehen wir schlafen... Und morgen um fünf Uhr früh — gell — den Kaffee!“

Er hatte herausbekommen, daß Funk besseren Kaffee kochte als sein Bursche, der faul und gerissen war und es verstand, viele seiner Obliegenheiten auf Funk abzuschieben.

Der stand also denn um vier Uhr auf, suchte Holz zusammen, mahlte die Bohnen, braute Kaffee in der Revierküche und trug ihn durch noch stockdüstere Nacht hinüber zum Stabsarzt, brachte auch dort den Kamin in Brand, setzte an eine gute Stelle die Blechkanne mit der braunen Brühe, damit sie warm bleibe, und wartete.

Lipp schlief um sechs Uhr noch, um sieben und auch um neun. Gegen zehn ward er munter und brauchte nun vor allem warmes Waschwasser. Sein Bursche Reising ließ sich nicht blicken. Er hatte einmal gegen acht herübergeschaut, alles in Ordnung befunden und sich in seinem Stall wieder aufs Ohr gelegt. Funk besorgte heißes Wasser.

Es ward unter Gemurr „kochend“ befunden, es mußte auskühlen. Ueber dem kam Lipp ins Reden; nun war das Wasser wieder zu kalt und mußte von neuem erwärmt werden.

